

### Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0981/2018**  
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
Datum: 23.01.2018

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032  
Verfasser/-in: Matthias Riedl, Fraktion Gießener Linke

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

#### **Betreff:**

#### **Kein Glyphosat in Gießen**

**- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 22.01.2018 -**

#### **Antrag:**

„1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

- auf eigenen landwirtschaftlich genutzten Flächen auch zukünftig glyphosathaltige Pflanzenvernichtungsmittel nicht zu verwenden.
- Pächter werden dazu aufgefordert, die Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzenvernichtungsmittel zu unterlassen.
- bei Neuverpachtungen kommunaler Flächen wird der Verzicht auf glyphosathaltige Pflanzenvernichtungsmittel zur Bedingung gemacht.

2. Der Magistrat

- nimmt Kontakt zu den regionalen Landwirt/-innen auf, mit dem Ziel, diese zu einer glyphosatfreien Landwirtschaft zu bewegen.
- setzt sich dafür ein und wirkt darauf hin, dass in allen Kleingärtenanlagen sowie in privaten Gärten auf glyphosathaltige Mittel verzichtet wird. Dazu wird ein Informationsschreiben an alle Haushalte versendet.
- bekräftigt den Erlass des Hessischen Umweltministeriums von 2015 auf allen öffentlichen Flächen (Plätze, Sportplätze, Wegraine, Friedhöfe etc.) auf den Einsatz glyphosathaltiger Mittel zu verzichten.“

**Begründung:**

Glyphosathaltige Pflanzenvernichtungsmittel zerstören unsere Artenvielfalt, erzeugen mit ihrer antibiotischen Wirkung resistente Bakterien im Boden und beeinträchtigen die Bodenfruchtbarkeit. Die Auswirkungen von Glyphosat auf die gesamte Tier- und Pflanzenwelt sind unkalkulierbar. Die Gründe alleine rechtfertigt ein Verbot der Anwendung dieser Substanz im Freiland.

Glyphosat und sein Hauptabbauprodukt AMPA (Aminomethyl-Phosphonsäure) gelangen in Organismen - auch in die des Menschen - und stehen im Verdacht Krebs auslösen zu können. Darüber hinaus erhöht Glyphosat das Risiko an neurodegenerative Erkrankungen, wie Alzheimer, Parkinson oder Autismus zu erkranken. Deshalb muss der weitere Einsatz von glyphosathaltigen Mitteln sowie der Import von mit Glyphosat belasteten Nahrungs- und Futtermitteln verboten werden.

Matthias Riedl  
Fraktionsvorsitzender